

M

MEINUNG

Tageskommentar

Für lebendige Dörfer

Fadrina Hofmann
über Erstwohnungsnot



Die Wohnungsnot ist in den Bündner Tourismusgemeinden seit Ende der Pandemie das grosse Thema. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die Folgen der Zweitwohnungsinitiative von 2012 und auf das Mantra des Bundesrats «Bleiben Sie zu Hause». Denn Ferien in der Schweiz bedeutete für viele Schweizerinnen und Schweizer Ferien in Graubünden. Und weil es so schön ist in den Bergen und man in unsicheren Zeiten am besten in Immobilien investiert, ist das Interesse an Zweitwohnsitzen in Tälern wie dem Engadin markant gestiegen. Neue Zweitwohnungen können nicht mehr gebaut werden, altrechtliche Wohnungen hingegen dürfen zu Zweitwohnungen umgenutzt werden. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Zweitwohnungen konzentriert sich daher mit voller Wucht auf die altrechtlichen Wohnungen. Die Preise werden in astronomische Höhen getrieben, Ortsansässige werden aus dem Wohnungsmarkt verdrängt. Die Negativspirale dreht sich immer schneller. Im Engadin sind die meisten Gemeinden von dieser Entwicklung betroffen, die Ausgangslagen sind aber unterschiedlich.

Einige Gemeinden haben noch eigenes Bauland, aber kein Geld, andere sitzen auf Millionen, haben aber kein Land mehr. Die finanzstarke Gemeinde Pontresina hat sich für eine neue Stiftung entschieden, um die Erstwohnungsnot zu bekämpfen. Sie wählte ein Instrument, welches mehrere Optionen eröffnet und vor allem schnelles Handeln ermöglicht. Sobald beispielsweise eine Immobilie auf den Markt kommt, kann die Stiftung diese erwerben und Erstwohnraum schaffen. Die Stiftung kann mit ihren Beiträgen auch Private oder Firmen motivieren, Projekte zu realisieren. Einzige Voraussetzung, damit die Stiftung erfolgreich sein kann: Es braucht finanzielle Mittel. Die wirksamste Lösung, um diese zu generieren, wäre eine Zweitwohnungssteuer. An lebendigen Dörfern sollten schliesslich auch die Zweitheimischen interessiert sein.

Bericht Seite 6

@ Fadrina Hofmann, Redaktorin
fadrina.hofmann@somedia.ch

IMPRESSUM



Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin Somedia Press AG
Verleger: Hanspeter Lebrument; CEO: Thomas Kundert

Chefredaktion Reto Furter (Leiter Chefredaktion),
Philipp Wyss (Chefredaktor Online/Zeitung);
Mitglieder der Chefredaktion:

Stefan Nägeli (Leiter Audio/Video), Astrid Tschullik (Leiterin Digital)

Kundenservice/Abo Somedia, Sommeraustasse 32, 7007 Chur,
Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch

Inserate Somedia Promotion AG

Verbreitete Auflage (Südostschweiz Gesamt): 64 564 Exemplare,
davon verkaufte Auflage 60 924 Exemplare (WEMF-/SW-beglaubigt, 2022)

Reichweite 131 000 Leserinnen und Leser (MACH-Basic 2022-2)

Erscheint sechsmal wöchentlich

Adresse: Südostschweiz, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50

E-Mail: graubuenden@suedostschweiz.ch; kultur@suedostschweiz.ch;
nachrichten@suedostschweiz.ch; sport@suedostschweiz.ch; forum@suedostschweiz.ch © Somedia

Berner Politik

Und wieder müssen wir eine Bank retten

Magdalena Martullo*
über das Credit-Suisse-
Debakel



Zwischen der Frühlings- und der Sondersession kurzfristig eingeschoben, findet nun nächste Woche in Bern noch eine ausserordentliche Session statt. National- und Ständerat befinden über die Garantie des Bundes von 100 Milliarden Franken und die Verlustübernahme von 9 Milliarden Franken für die fusionierten Banken UBS und Credit Suisse. 2008 musste der Staat bereits die UBS retten. Dass es nun mit der Credit Suisse erneut so weit gekommen ist, hat in erster Linie mit den Credit-Suisse-Managern und ihrer aggressiven Risikostrategie zu tun. Im Gegensatz zur UBS, welche nach ihrer Rettung die Risikogeschäfte reduzierte, hielt die Credit Suisse auch nach zahlreichen Regelverstössen und Milliarden-Bussen weiter an ihrem aggressiven Boni-System und spekulativen Geschäftsmodell fest. An Selbstbewusstsein fehlte es ihr nie. Bei den Kunden aber ging das Vertrauen mehr und mehr verloren und sie zogen ihr Geld ab.

Nun hätte die Credit Suisse eigentlich Konkurs gehen müssen oder mindestens ihre Geschäfte in den USA, so war es politisch vorbereitet. Das Gesetz «Too big to fail» konnte aber nicht angewendet werden, das Ausland setzte die Schweiz hier zu stark unter Druck. Die Spekulationsgeschäfte der CS-Banker haben dazu geführt, dass offenbar sogar noch die internationalen Finanzmärkte in einen Absturz gezogen worden wären! Wieder sehen wir uns mit einer Grossbank konfrontiert, die man nicht zugrunde gehen lassen kann, weil für uns alle der Preis zu hoch wäre. Die Abhängigkeit ist zu gross. Damals nach der UBS-Rettung verlangte die SVP eine Abtrennung der Hochrisikogeschäfte bei den Grossbanken. Eine geschlossene Mehrheit der FDP und CVP lehnte diese jedoch ab. Man liess den Credit-Suisse-Managern weiterhin freie Hand. Mit dem Resultat, dass es die Bank nun bald nicht mehr gibt, Tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen und wir alle zur Kasse gebeten werden.

Wie bereits bei Covid hat der Bundesrat darüber bereits mittels Notrecht entschieden und Parlament und Volk haben gar nichts mehr dazu zu sagen. Die Abstimmungen in der Session finden nur noch pro forma statt. Wenigstens eine Gelegenheit, den Bundesrat, die Aufsichtsbehörde Finma und das Parlament in seiner Inkonsequenz klar zu rügen. Sie

alle haben die Augen verschlossen und sich nicht durchgesetzt. Eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) soll den Fall noch aufrollen und die Verantwortlichkeiten klären. Zudem sollen die für den Untergang verantwortlichen Verwaltungsräte und Manager nachträglich zur Rechenschaft gezogen werden und die exorbitanten Boni zurückbezahlen. Sobald die UBS übernimmt, muss sie aufräumen und die schlechten Geschäfte abstossen. Die Risikokultur und die Bonussysteme der Credit Suisse müssen abgeschafft werden.

Am wichtigsten ist es aber, sicherzustellen, dass in Zukunft der Bund nicht noch einmal für Bankverfehlungen einspringen muss. Die UBS hat dem Bundesrat und der Finma deshalb konkret aufzuzeigen, wie sie sich zukünftig aufstellt, sodass sie auch im Falle eines Misserfolgs nicht mehr durch den Bund gerettet werden muss. Bundesrat und Finma müssen dies danach konsequent durchsetzen. Die Rettung ist zwar beschlossene Sache, die Verhinderung des nächsten Falls aber noch lange nicht. Dabei mangelt es an Herausforderungen für die Zukunft ganz sicher nicht!

* Magdalena Martullo-Blocher ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.

Des Rätsels Lösung



Die Lösung des Bilderrätsels vom Dienstag ist in Savognin zu finden. Diese Pferdekutsche zierte eine Wiese vor dem «Jufa»-Hotel in Savognin und macht zugleich Lust auf eine Kutschfahrt in der Val Surses.

Bild Livia Mauerhofer

Follow me



«Pennt ihr manchmal auch absichtlich weiter, weil der Traum gerade so spannend wurde und ihr noch wissen müsst, wie es weitergeht?»

@itsmahluna



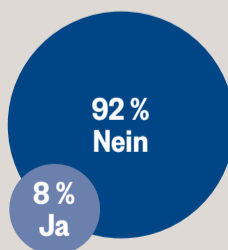
1 Baustart im April: Churer Gäuggeli-Migros wird generalüberholt

2 HC Davos: Thomas Wellingner beendet seine Karriere und wird Nachwuchs-trainer

3 #sotestet: Gravelbikes: Nur etwas für hippe Grossstädter, die schon alles haben?

WIR HATTEN GEFRAGT

Wurden Sie in den April geschickt?



Stand: Vortag 18 Uhr
Stimmen: 778

FRAGE DES TAGES

Werden Sie Ostern mit der Familie feiern?

Abstimmen auf [suedostschweiz.ch](https://www.suedostschweiz.ch). Haben auch Sie eine Frage? Senden Sie Ihren Vorschlag an forum@suedostschweiz.ch